

Positionspapier Kraft-Wärme-Kopplung

Vorlage Hartwig Berger, 22.10.07

Mit Kraft u n d Wirtschaft Klimaschutz verbessern

Vorbemerkung

Die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme – technisch: KraftWärmeKoppelung (KWK) – ist ein Eckpfeiler wirksamer Klimaschutzpolitik. Wenn es gelingt, den Anteil der KWK an der Stromerzeugung auf den durchaus realistischen Anteil von 50% zu steigern, würde das die CO₂-Emissionen in Deutschland um 70-80 Mio t jährlich verringern; das sind rund 8% des gegenwärtigen CO₂ Ausstoßes.

Von diesem Ziel sind wir noch meilenweit entfernt. Der Anteil der KWK an der Stromerzeugung hat sich in den letzten 10 Jahren nur unwesentlich erhöht, im EU-Vergleich erreicht unser Land mit derzeit 11%¹ den EU-Durchschnitt (10%) und wird von Dänemark (53%), den Niederlanden (38%), Finnland (36%) und Österreich (26%) um Längen überrundet. Wir müssen auch zugeben, dass die Entwicklung der KWK unter Rot/Grün nicht entscheidend vorangekommen ist. Zwar gelang es, den ansonsten unvermeidlichen Einbruch nach der Liberalisierung des Strommarkts aufzuhalten. Das Grün geführte Bundes-Umweltministerium hatte eine Förderstrategie mit progressiven Quoten und Zertifikaten ausgearbeitet, die einen KWK-Anteil von mindestens 20% bis 2010 gesichert hätte. Eine Realisierung dieses Konzepts wurde jedoch durch die SPD-Wirtschaftsminister blockiert. Vereinbart werden konnte lediglich ein KWK-Modernisierungsgesetz, das im Jahr 2002 in Kraft trat und kaum Wirkungen entfaltetete.

KWK- Förderung ist mehr als „nur“ Klimaschutz. Der Umbau der industriellen Prozesswärme in gleichzeitige Stromerzeugung und der Einbau von Strom-Wärme-Anlagen – sog. BHKW – in Gebäudekomplexe ist ein perspektivenreiches Investitionsprogramm, das insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe Impulse geben kann. Allein darum ist ein KWK-Aufbauprogramm deutlich beschäftigungsintensiver als der herkömmliche Kraftwerksbau. Es stellt sich auch bei der zu erwartenden Erneuerung des Kraftwerksparks in den nächsten Jahren die Frage: Soll mit großen Kondensationskraftwerken bei hoher Treibhaus-, geringer Beschäftigungswirkung und schwacher Auftragsvergabe an die regionale Wirtschaft weitergewurstelt werden? Oder sollen deutliche Impulse für den Aufbau eines stärker dezentralisierten KWK-Systems gegeben werden, mit Anlagen, die weniger CO₂ pro Energieertrag emittieren, mehr Nachfrage nach Zulieferern in der Region und mehr Beschäftigung induzieren?

Auch weil die KWK-Entwicklung Klimaschutz mit regional wirksamer Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung verbindet, treten wir Bündnisgrüne entschieden dafür ein, mit der anstehenden Novellierung des KWK-Gesetzes starke Impulse zu geben. Mit einer gesetzlichen Neuregelung muss mehr Druck gegen die Lobby der großen Stromkonzerne entfaltet werden, die noch immer nicht die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Unsere Vorschläge

¹ Stand 2005. Wird noch aktualisiert.

Das entscheidende Hindernis zur Entwicklung der KWK in Deutschland ist die Diskriminierung der dezentralen Stromerzeugung durch die beherrschenden großen Verbundunternehmen. Um vorrangig den Absatz ihres selbst erzeugten Kondensationsstroms aus fossil oder nuklear betriebenen Kraftwerken zu sichern, halten sie über ihre Inhaberschaft der Verbundnetze den Einspeisepreis dezentral erzeugter Energien niedrig und machen die Einspeisung dadurch betriebswirtschaftlich unattraktiv. Industriebetriebe mit Prozesswärmebedarf halten sie durch attraktive Sonderpreise von einer Eigenstromerzeugung ab. Diese Strategie der Energie-Oligopole parieren für die Erneuerbaren Energien die garantierten Einspeisevergütungen des EEG. Um die KWK aus ihrem Schattendasein zu holen, brauchen wir bessere Schutzbestimmungen auch für sie.

1.

Wir unterstützen den von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorschlag, im neuen KWK-Gesetz die Zuschlagszahlungen für KWK-Strom neuer und modernisierter Anlagen auf 1,5 ct/kWh festzusetzen.

2.

Um die Investitionsbereitschaft in KWK-Anlagen zu steigern, folgen wir **zum ersten** dem Vorschlag des Bundesverbands KWK, den Förderbetrag nicht – wie die SPD-Fraktion vorschlägt - an die Preise der Strombörsen, sondern an die realen Strom- und Brennstoffpreise anzubinden. Börsenpreise sind nur für sehr große KWK-Anlagen, die in das Verbundnetz einspeisen, ein sinnvoller Indikator. Für die Wirtschaftlichkeit mittlerer und kleiner Anlagen sind dagegen die Preise auf der jeweiligen Netzebene maßgeblich. **Zum zweiten** schlagen wir wie der B.KWK vor, die zeitliche und mengenmäßige Begrenzung der Förderung von Neuanlagen 7 Jahre bzw. 35.000 Vollastbenutzungsstunden festzusetzen. (*evtl. zum dritten noch kritisch zur Degressivität der Förderung, da Modernisierungsschub in KWK-, BHKW-Technologie bereits erfolgt ist*)

3.

Allerdings sollten Kleinanlagen bis 2 MW und Kleinstanlagen bis 50kW eine höhere Förderung erhalten, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt zu sichern. Wir weisen hier insbesondere auf die enormen Perspektiven im Wohnungsbereich hin. Bei anstehenden Heizungsmodernisierungen, die durch das bundesweite Förderprogramm zur energetischen Sanierung zusätzliche Impulse erhalten, besteht *in Mehrfamilienhäusern und auch in Kleinbetrieben wie der Landwirtschaft* fast immer die Möglichkeit, Blockheizkraftwerke (BHKWs) in die Häuser zu bauen.. Die bisherige Regelung, die den Eigenverbrauch des erzeugten Stroms in den Häusern bevorzugt, bringt für die Betreiber der BHKWs vielfältige finanzielle und organisatorische Nachteile und macht so die Errichtung der BHKWs im Wohnbereich unattraktiv. Diese Barriere entfällt, wenn die BHKWs durch eine angehobene KWK-Vergütung von schätzungsweise 13-15 ct/kWh den gesamten erzeugten Strom ins Netz einspeisen können. *Geförderte BHKW-Projekte sollten auf den Wärmebedarf der versorgten Einrichtung nach Niedrigenergiestandard ausgelegt sein.*

4.

Die anstehende Novellierung des EEG muss den Vorrang des Einsatzes von Bioenergien, *insbesondere aus biogenen Reststoffen*, in der KWK weiter absichern. Allerdings hat sich die Herstellung der Energieträger aus Biomasse an schlüssigen und transparenten Kriterien umweltgerechter Landwirtschaft und dem Energieaufwand im Herstellungsprozess zu orientieren. Für den Import sind transparente und überprüfbare Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit unerlässlich. Die gegenwärtig praktizierte Nutzung etwa von importiertem Palmöl in KWK-Anlagen erfüllt diese Erwartung in keiner Weise und ist somit auch für den weltweiten Klimaschutz kontraproduktiv.

5.

Wir werden die Behinderungen des KWK-Ausbaus durch die Strom-Oligopole nur dann dauerhaft beenden können, wenn wir uns endlich für die strikte gesellschafts- und eigentumsrechtliche Trennung der Hochspannungs-Stromnetze von der Stromerzeugung entscheiden. Die Überführung der großen Stromnetze in die öffentliche Hand und Kontrolle ist hier der überzeugendste Weg.

6.

Schließlich schlagen wir vor, wie in den Niederlanden auch in Deutschland Maßnahmen und Bestrebungen zur Behinderung der Strom-Eigenerzeugung gesetzlich zu verbieten. Damit erhalten u.a. KWK-Betreiber die Möglichkeit, bei der Regulierungsbehörde gegen Preismanipulationen der (noch-)Inhaber der Stromnetze vorzugehen.

Eine sowohl organisatorische als auch gesellschaftsrechtliche Trennung der zentralen Stromversorgung von einer (stärker dezentralisierten) Stromverteilung haben die Niederlande in den 80er Jahren durchgeführt und dadurch erfolgreich die Weichen für einen Ausbau der KWK gestellt. Die partielle organisatorische Trennung beider Bereiche, die das jüngst novellierte Energiewirtschaftsgesetz in Deutschland auferlegt, ist ein erster – allerdings nicht ausreichender – Schritt in diese Richtung.